

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Robert Antretter MdB zum
Europatag 1982: Wer Europa
nur zu seinen Bedingungen
haben will, wird es nicht
bekommen. Seite 1

Egon Lutz MdB kommentiert
die jüngsten Arbeitsmarkt-
Zahlen: Die ungünstige
Lage ist ungebrochen.
Seite 3

Axel Wernitz MdB setzt
sich dafür ein, dem
Rechtsmißbrauch gewalt-
tätiger Ausländer mit
vorhandenen Rechtsmitteln
entgegenzuwirken: Keine
Erpressbarkeit program-
mieren. Seite 5

Dokumentation

Eugen von der Wiesche
MdB auf der Demonstration
der demokratischen Par-
teien und des DGB gegen
den NPD-Landesparteitag
in Witten: Gegen die Rat-
tenfänger von gestern.
Seite 6

37. Jahrgang / 84

4. Mai 1982

Es muß Platz sein für alle

Wer Europa nur zu seinen Bedingungen haben will, wird es nicht bekommen

Von Robert Antretter MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Europa-Union Baden-
Württemberg
Vizepräsident des Rats der Europäischen Bewegung Baden-
Württemberg

Europa ist noch lange nicht so weit, wie es jene engagier-
ten jungen Deutschen, Franzosen, Belgier und Holländer ha-
ben wollten, die sich im Jahre 1950 auf den Weg nach Straß-
burg gemacht hatten. An der deutsch/französischen Grenze
rissen sie Schlagbäume aus und verbrannten sie. Kein Poli-
zist und kein Zöllner hat sie daran gehindert.

Gewiß hat Europa seither Fortschritte gemacht: Einer der
wichtigsten war die Wahl des Europäischen Parlaments vor
nunmehr drei Jahren. Und das, was ein vereinigtes Europa
zuallererst erreichen sollte, nämlich die weitere Selbst-
zerfleischung der Völker unseres Kontinents zu verhindern,
ist Wirklichkeit.

Und was unsere Gemeinderäte, Bürgermeister und Oberbürger-
meister zusammen mit unseren Bürgern durch Hunderte von
Städtepartnerschaften an Verständigungspolitik verwirklicht
haben, muß dankbar anerkannt werden.

Aber vom politisch geeinten Europa sind wir noch weit ent-
fernt. Jetzt müssen wir dafür sorgen, daß es auf der Tages-
ordnung bleibt. Allein schon um zu verhindern, daß das
Kleineuropa von heute - das Europa der Klagen über Milchseen
und Butterberge - sich im Bewußtsein der Menschen als das
einzige festsetzt, das man sich unter dem Begriff Europa
vorstellen kann.



Was wir brauchen, ist ein Bild von Europa, das wir gemeinsam zeichnen können, die einzelnen Nationen und die politisch-geistigen Grundströmungen. Dazu gehört zum Beispiel die noch längst nicht entschiedene Frage, ob sich dieses Europa als Interessenvertretung der Reichen gegen die Armen oder als Instrument größerer Gerechtigkeit in der Welt verstehen will. Sonntagsreden deuten zwar meistens auf letzteres hin. Die Realität der Verhandlungen wird von den Entwicklungsländern aber immer noch so verstanden, daß ein Club von Reichen seine Privilegien verteidigt. Wir haben uns offenbar auch noch nicht darauf verständigt, was in diesem Europa an politisch-geistigen Grundströmungen seinen Platz haben muß.

Wir Sozialdemokraten sagen, es muß Platz sein für alles, was Europa seit Jahrhunderten prägt, die christliche Botschaft in ihren vielfältigen Ausformungen, die Kräfte der Aufklärung, die in der französischen Revolution ihren politischen Durchbruch erlebten, die sozialistische Arbeiterbewegung, die sich auf ihre Weise auf das Erbe von 1789 und auf christliche Traditionen beruft.

Europa muß Platz haben für Konservative, für Christdemokraten, für Liberale, für demokratische Sozialisten und zwar für jede dieser Kräfte nur insofern und solange, als sie allen anderen Raum zur Entfaltung läßt.

Wo auch immer der Versuch gemacht wird, dem jeweils anderen seinen legitimen Platz streitig zu machen, wird Europa nicht gebaut sondern zerstört.

"Lenin ist Straßburg"!, lautet ein Kommentar des Organs der Paneuropa-Union zur Wahl des Sozialisten Pieter Dankert zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Und im Text ein paar Zeilen weiter: Das berühmte Lenin-Wort von den selbstmörderischen Stricklieferanten habe eine neue Bestätigung seiner Aktualität erfahren.

Wer so spricht, zeigt, daß er Europa nur zu seinen Bedingungen haben will. Er wird es nicht bekommen.

(-/4.5.1982/ks/ca)

+ + +



Die ungünstige Lage ist ungebrochen

Bemerkungen zu den April-Zahlen der Arbeitsmarktstatistik

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitslosenzahlen sind im Monat April 1982 merklich zurückgegangen. Eine langfristige Besserung ist jedoch nicht in Sicht. Die amtliche Statistik für April ergibt folgendes Bild: In absoluten Zahlen fiel die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen um 101.000 auf 1.710.000. Das sind 5,5 Prozent weniger als im Vormonat.

Dazu ist aber festzustellen, daß es sich hierbei nicht etwa um Anzeichen eines neuen konjunkturellen Aufschwungs, sondern lediglich um die alljährlichen Frühjahrsverbesserungen handelt. Diese Beurteilung gilt gleichermaßen für alle Wirtschaftszweige sowie alle Alters- und Problemgruppen.

Seit Jahresbeginn hat sich der Zugang an gemeldeten Arbeitslosen auf jetzt etwa 1.242.000 erhöht. Das sind für diesen Zeitraum bereits zehn Prozent mehr, als vor einem Jahr. Ähnlich beunruhigend müssen die Bewegungen bei offenen Stellen und gelungenen Arbeitsvermittlungen wirken: Zwar wurden den Arbeitsämtern im April 108.000 neue offene Stellen gemeldet, womit deren Zugang seit Beginn des Jahres 1982 sich auf 420.000 erhöhte. Aber auch diese Zahl liegt noch um 16 Prozent niedriger als die des Vorjahres.

Erhebliche Veränderungen gibt es auch hinsichtlich der Arbeitsvermittlungen zu melden: Hier liegt der Zugang für April bei circa 126.000, womit die Gesamtzahl seit Jahresbeginn auf 471.000 stieg. Zur gleichen Zeit waren es aber 1981 schon 13 Prozent mehr.

Es zeigt sich also: Die ungünstige Lage ist ungebrochen.

Für die Betroffenen wenig tröstlich, aber bemerkenswert ist dabei allerdings die Tatsache einer immensen Bewegung der Arbeitsmarktzahlen. So liegt eine Verbesserung gegenüber der Rezessionszeit zu Beginn der siebziger Jahre in der Quote der Besetzung gemeldeter offener Stellen: Seit Beginn des Jahres konnten 71 Prozent der gemeldeten Stellen durch die Arbeitsämter vermittelt werden. Dies war vor circa zehn Jahren nur bei 60 Prozent der Stellen möglich. Es zeigt sich also: Je mehr offene Stellen den Arbeitsämtern gemeldet werden, umso besser die Chancen für Arbeitsuchende. Hier läge der Sinn einer Meldepflicht für offene Stellen.



Wer in allgemein wenig tröstlicher Situation einen Lichtstrahl ausmachen will, der möge sich die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit im April betrachten. Hier ist ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen innerhalb eines Monats um 12,4 Prozent zu betrachten. Die Jugendarbeitslosenquote liegt jetzt bei 6,3 Prozent. Es bestätigt sich einmal mehr, daß die Wirtschaft unverändert an gut ausgebildeten jungen Kräften interessiert ist und daß Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener Berufsausbildung und abgeleiteter Dienstpflicht von relativ kurzer Dauer bleibt. Sehr viel ungünstiger dagegen - das wird mit Beharrlichkeit in der Öffentlichkeit ignoriert - ist nach wie vor die Beschäftigungschance für nichtqualifizierte, für ältere und für leistungsgeminderte Arbeitnehmer. Und sie ist nahezu aussichtslos, wenn diese Eigenschaften kumulieren und der Arbeitslose zusätzlich noch weiblichen Geschlechts ist.

Bei den nun vorliegenden April-Daten fragt man sich, was wohl die Wirtschaftsforschungs-Institute bewogen haben könnte, der beschäftigungspolitischen Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung so miserable Zensuren auszustellen. Sicher: das Hin und Her um Mehrwertsteuererhöhung und Investitionszulage hat negative Auswirkungen auch auf den Arbeitsmarkt gehabt - aber dann hätte man die Blockadepolitik der CDU/CSU-regierten Länder anprangern und den Bundesrat auffordern müssen, die Bahn frei zu machen für Entscheidungen. Genau das haben die Institute nicht getan, sondern allgemein und entsprechend unverständlich an der ungeklärten Situation herumkritisiert, was zweifellos nicht gerade hilfreich in der jetzigen Situation ist.

Für die Bundesregierung müssen die Zahlen des April ein Grund mehr sein, um ein abgestimmtes und möglichst sofortiges Handeln von Bund und Ländern zu kämpfen. Nur wenn es gelingt, über den saisonalen Aufschwung hinaus zusätzliche Belegungseffekte auszulösen, wird verhindert, daß die Belegung auf dem Arbeitsmarkt kurzfristiger Natur bleibt. In diesem Ringen um beschäftigungspolitische Aktivitäten darf kein Platz für Übertaxieren des einen Koalitionspartners zu Lasten des anderen und auf Kosten der gemeinsam beschlossenen Politik sein. Sonst würden alle treuherzigen Beteuerungen und schönen Reden zum diesjährigen 1. Mai unverbindliches Geschwätz gewesen sein und die Kluft zwischen Koalition und Gewerkschaften würde tiefer und tiefer. Letztendlich aber, und das darf nie vergessen werden, haben die Arbeitslosen die Zeche für das politische Hin und Her zu zahlen. (-/4.5.1982/ks/ca)

+ + +



Keine Erpressbarkeit programmieren

Dem Rechtsmißbrauch gewalttätiger Ausländer mit Rechtsmitteln begegnen

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Es ist unbestreitbare Tatsache, daß die große Mehrheit der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland die hier gültigen Gesetze und Rechtsvorschriften beachtet. Allerdings gibt es verschiedene Gruppen extremistischer Ausländer, deren Verhalten Anlaß zu erheblicher Sorge bietet. Wesentlich und bestimmend für extremistische rechtswidrige Aktivitäten sind primär die politischen Konflikte in den Heimatländern. Vor diesem Hintergrund ist auch die blutige Massenschlägerei zwischen Anhängern und Gegnern des jetzigen iranischen Regimes in einem Mainzer Studentenwohnheim am 24. April 1982 zu sehen.

Bereits im Verfassungsschutzbericht 1980 wurde als Folge der Verschärfung des Machtkampfes zwischen rivalisierenden politischen Lagern im Iran für die Zukunft eine Zunahme politischer Aktivitäten und Gewalttätigkeiten extremistischer Gruppen im Bundesgebiet prognostiziert.

Angesichts der Tatsache, daß nach wie vor sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern verschiedener Nationalität ausgehen, darf es auch in der aktuellen Situation bei den politischen Verantwortlichen in Bund und Ländern keine prinzipiellen Unklarheiten geben. Nach wie vor sollte es unstrittiges Ziel zwischen den politischen Kräften unseres Landes sein, darauf hinzuwirken, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Boden für die blutigen Austragungen der politischen Konflikte des Heimatlandes wird.

Mit Recht hat angesichts der einschlägigen Entwicklungen und Tendenzen auf diesem Sektor der Bundesinnenminister in seinem Vorwort zum Verfassungsschutzbericht 1980 erklärt: "Bund und Länder haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, in dieser Situation alle polizei-, straf- und ausländerrechtlichen Möglichkeiten gegen extremistische Ausländer auszuschöpfen."

Es gibt keinen Grund im konkreten Fall der Mainzer Gewaltaktion iranischer Khomeini-Anhänger diese klare und konsequente Position in Zweifel zu ziehen. Im Gegenteil. Auch hier müssen - selbstverständlich nicht überstürzt sondern unter Würdigung aller Gesichtspunkte nach sorgfältiger Prüfung - die entsprechenden Konsequenzen bis hin zur möglichen Ausweisung gezogen werden. Wir dürfen in dieser Frage weder jetzt noch für die Zukunft die eigene Erpressbarkeit programmieren. Eine klare Position ist deshalb unverzichtbar.

(-/4.5.1982/hi/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Am 2. Mai hat der Landesverband Nordrhein-Westfalen der NPD in Witten einen Landesparteitag veranstaltet, dessen einziger Tagesordnungspunkt das Volksbegehren gegen Ausländer war. Die NPD hatte sich gegen den Willen der Stadt aufgrund eines Gerichtsurteils den Zugang zur Stadthalle erzwungen. Gegen diesen Parteitag veranstalteten der DGB sowie die demokratischen Parteien eine Gegendemonstration, auf der der SPD-Bundestagsabgeordnete Eugen von der Wiese unter anderem folgendes ausführte:

Gegen die Rattenfänger von gestern

Dieser 2. Mai ist ein dunkler Tag in der Geschichte der Stadt, der wir uns verbunden fühlen: Der Ungeist einer vergangen geglaubten Zeit zieht heute bei uns ein.

Vor fast 40 Jahren war unser Land, war diese Stadt von der Geißel des nationalsozialistischen Unrechtssystems befreit worden. Wir alle machten uns an den Wiederaufbau unseres geschändeten Vaterlandes. Wir schufen uns eine neue, eine demokratische Ordnung, der die Menschenwürde der höchste Wert ist. Wir haben Grund, stolz auf das Erreichte zu sein.

Eines aber haben wir nicht erreicht: Unsere Hoffnung, angesichts der Greuel der vergangen Ordnung habe sich unser Volk in seiner Gesamtheit, habe es sich eindeutig für die demokratische Ordnung entschieden, ist unerfüllt. Von Anfang an stand der Erwartung, nationalsozialistisches Denken sei bei uns überwunden, die Realität rechtsextremistischer Gruppen und Parteien entgegen. Ja, wir mußten sogar mit Erschrecken feststellen: Es waren nicht nur die Alten, die ewig Gestrigen, die das Lob auf eine vergangene Zeit gröhlten; auch junge Menschen, die die Greuel der Nazi-Zeit nicht mehr selbst erlebt haben, begeisterten sich kritiklos für die Rattenfänger von gestern.

Vielleicht haben wir das allzu lange nicht ernst genug genommen. Vielleicht haben wir gegenüber mahnenden Stimmen zu schnell auf die geringe Zahl der Rechtsextremen verwiesen. Vielleicht haben wir zu sehr darauf vertraut, unsere neue Ordnung sei makellos, sei auch durch die Nazis nicht zu erschüttern. Wir wissen aber inzwischen: So unerschütterlich ist diese Demokratie nicht. Demokratischer Geist ist weit weniger verwurzelt, als wir gehofft hatten.

Die Partei, deren Anhänger heute in unserer Stadt Einzug halten, predigt Menschenverachtung, um Anhänger zu finden. Und wir müssen mit Erschrecken feststellen: Ihre Parolen finden Gehör, weit mehr Gehör, als wir glaubten.

Die Machthaber des Dritten Reiches verschafften sich damals Zustimmung in unserem Volk, indem sie Haß auf andere Menschen schürten. Und zwischen ihren Worten und den Handgreiflichkeiten gegen diese Anderen war es nur ein kurzer Weg. Am Ende dieses Weges standen Folterung und Mord, an vielen Millionen Menschen. Sie mußten nur deshalb sterben, weil sie Juden, Zigeuner, Slawen oder auch "nur" Sozialdemokraten, weil sie Gewerkschafter waren.

Es ist bezeichnend, daß dieser Parteitag an einem Tag stattfindet, an dem vor 49 Jahren die Besetzung und Plünderung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis stattfand.



Dieser Ungeist soll heute wieder beschworen werden. Wieder ist es eine Minderheit, der auf dem bevorstehenden Parteitag der NPD der Kampf angesagt wird: Die Gruppe der viereinhalb Millionen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die unter uns leben. Ihr einziger Fehler ist: Sie sind anders als die Mehrheit in unserem Land. Viele sprechen nicht unsere Sprache, manche kleiden sich anders und folgen dem Lebensstil, den sie in ihrer Heimat gelernt haben. Man will uns glauben machen, das müsse uns stören. Man gaukelt uns vor, diese Minderheit bedrohe die Existenz der Mehrheit.

Ich habe nicht zu beklagen, daß heute bei uns eine Partei zu Worte kommen darf, die ich nach ihrem Auftreten und Denken für undemokratisch, für antidemokratisch halte. Wir Demokraten sollten uns nicht scheuen, die in der Existenz dieser Partei liegende Kampfansage anzunehmen: Wir sollten uns mit den Waffen der Demokratie zur Wehr setzen und darauf vertrauen, daß unsere Argumente gegen den Ungeist die besseren sind.

Es erfüllt mich mit Befriedigung, daß sich zu dieser Gegendemonstration alle demokratischen Parteien mit den Gewerkschaften zusammengefunden haben. Wir sollten uns diese Einmütigkeit bewahren. Denn hier, wo es um Angriff auf unser höchstes Gut geht, nämlich die Menschenwürde, muß es uns Demokraten möglich sein, kleinlichen Streit zu vergessen.

Unsere Einigkeit darf nicht nur vordergründig sein, darf nicht nur in der Ablehnung dieser neuen Nazis bestehen. Wir müssen für die Demokratie streiten, indem wir den jungen Menschen zeigen, wohin der Haß auf andere im Dritten Reich geführt hat. Dabei geht es nicht um eine neue Entnazifizierung, um Schuldzuweisung. Wir müssen denen, die in einer demokratischen Ordnung groß werden durften, unsere Erfahrung vermitteln und das schließt unsere persönliche Verstrickung ein. Wir müssen das Erschrecken provozieren über den kurzen Weg von der Ablehnung anders gearteter Menschen bis zu ihrer Vernichtung. Ich bin zuversichtlich, daß wir die Jungen so immun machen können gegen das Gift der Menschenverachtung, das in den nächsten Stunden in unserer Stadt verbreitet werden soll.

Wir dürfen dabei nicht stehen bleiben. Wir alle sind aufgerufen zur Solidarität mit den Ausländern unter uns, weil wir sie in Gefahr sehen. Diese Hilfe kann jeder von uns geben - am Arbeitsplatz gegenüber dem ausländischen Kollegen, in der Schule gegenüber dem ausländischen Mitschüler, zu Hause gegenüber dem ausländischen Nachbarn.

Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, Kolleginnen und Kollegen, helft mit, gegen den Ungeist zu streiten.
(-/4.5.1982/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

